

DEMOKRATISCHER INFORMATIONEN DIENST

20 Pfennige

Herausgegeben vom ANTI - STRAUß - KOMITEE

4.Jhg., Nr.24 — Jan./Feb. 1977

5 Jahre „Radikalenerlaß“!

SCHLUSS MIT DEN BERUFSVERBOTEN!

Am 28. Januar vor fünf Jahren wurde der "Beschluß der Ministerpräsidentenkonferenz über Grundsätze zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst" (der sog. Radikalenerlass) gefaßt.

Was ist in diesen 5 Jahren passiert? 5 Jahre Verhöre, ca. 1 Mill. Überprüfungen durch den Verfassungsschutz, 10000 Verhöre, fast 3000 ausgesprochene Berufsverbote und noch viel weitergehend Gesinnungsschnüffelei auf allen Ebenen; sowie auch der Versuch jeden, der sich gegen Mißstände in dieser Gesellschaft zur Wehr setzt zu diskriminieren und einzuschüchtern.

Es ist offensichtlich, daß der sog. Radikalenerlaß Hand in Hand geht mit einer Stärkung der Rechtskräfte und sich einreicht in den Abbau der demokratischen Rechte.

Die Berufsverbote richten sich nicht gegen alte und neue Faschisten, sondern ausschließ-

lich gegen die demokratischen und fortschrittlichen Kräfte, die für Wahrnehmung und Verteidigung der sozialen und demokratischen Belange der breiten Mehrheit der Bevölkerung eingetreten sind. Betroffen sind Kommunisten, Sozialdemokraten, Liberale und Parteilose sowie Gewerkschafter und engagierte Christen.

Wer sich von der nächsten Generation nicht vorwerfen lassen will, der Aushöhlung der Demokratie und der Willkür keinen Widerstand geleistet zu haben, der muß sich heute engagieren im Kampf gegen Berufsverbote, im Kampf gegen den Abbau der demokratischen Rechte. Der Protest gegen die Berufsverbote ist angewachsen und hat teilweise Erfolge erzielt, wie z.B. die Zurücknahme einzelner Berufsverbote. Weiterhin haben einzelne Unterzeichner des Ministerpräsidentenbeschlusses öffentlich bekannt, daß "sie sich geirrt haben".

Von einer ersatzlosen Streichung des "Radikalerlasses" wird nicht gesprochen. In der Diskussion ist eine "liberalere Handhabung", man will den Einzelfall genauer untersuchen. Dem Einzelnen nützt das nichts, er wird ja weiterhin überprüft, dann sogar auf Grund einer Rechtsvorschrift. So werden Überwachung, Kontrolle, Verhöre und Überprüfung quasi "gesetzlich" gemacht.

Kommunisten oder Sozialdemokraten, Gewerkschafter oder Parteilose - jeder ist betroffen in gleicher Weise. So werden letztlich alle fortschrittlichen Kräfte vom Staatsdienst ausgeschlossen. Dem Bürger darf es nicht gleich sein

- ob im Dienste des Staates unsere Kinder zu kritischen Demokraten erzogen werden oder zu willenslosen Ja-Sagern.
- ob in Behörden wie z.B. dem Gewerbeaufsichtsamt Leute sitzen, die Verstöße gegen den Arbeitsschutz vertuschen, oder aufdecken und ihre Beseitigung verlangen.
- ob bei Gericht z.B. die Interessen der Mieter gegenüber

willkürlichen Forderungen der Hausbesitzer durchgesetzt werden oder nicht.

Wir brauchen solche Leute im öffentlichen Dienst, die sich für die Belange der Bevölkerung einsetzen. Mit dem "Radikalerlaß" soll aber gerade diesen Personen der Zugang zum Staatsdienst verwehrt werden. Unsere Forderung kann nur heißen: der "Radikalerlaß" muß fallen.

Die zahlreichen Proteste gegen die Berufsverbote aus dem Ausland sind für uns dabei eine wichtige Unterstützung; sie können aber niemals ein Ersatz dafür sein, daß wir hier und heute alle Anstrengungen unternehmen, in dieser unserer gemeinsamen Sache uns zusammenzuschließen um den Einschüchterungsversuchen und dem Dummhauertum, das durch die Berufsverbote erreicht werden soll, entgegenzutreten mit dem Ziel: ersatzlose Streichung des Radikalerlasses", Einstellung aller vom Berufsverbot betroffenen.

SOLCHE LEHRER BRAUCHEN WIR!

Das Beispiel Christine T.

Die Pforten des Kultusministeriums schlossen sich hinter Christine. Sie schlug den Weg zum Hauptbahnhof ein. Mit dem Staatsexamen in der Tasche hatte sie sich für den Schuldienst beworben, wie die anderen auch. Und jetzt das! Politische Überprüfung Anhörung im Kultusministerium. In Gedanken ging sie noch einmal

die Zeit ihres Studiums durch. Deutsch und Englisch hatte sie studiert, weil es sie interessierte. Aber dann kamen die ersten Schwierigkeiten: ganze fünf Bücher in der Bibliothek für 150 Leute im Kurs, aber alle sollten darüber geprüft werden. Da war sie zusammen mit den anderen Studenten zum Professor gegangen und sie hatten sich beschwert. Sie hatte es für ihre Pflicht gehalten als Studentenvertreter, zu dem sie im Sommer gewählt worden war.

Es gab auch finanzielle Schwierigkeiten, die Stipendien reichten nicht hinten und vorn, und sie hatte vergeblich nach Jobs gesucht wie die anderen. Welche Eltern konnten ihren Kindern schon so regelmäßig unter die Arme greifen?

Christine hatte sich mit anderen Studenten zusammengetan, die auch so dachten. Es gab viel zu

Fortsetzung auf Seite 4

ZUM THEMA:

Was noch wenige wissen:

Wir haben in dieser Nummer dem Volk aufs Maul geschaut. Armes Volk könnte man sagen: Nur 20% haben überhaupt vom Radikalerlaß oder von Berufsverboten gehört. Genauer wußten nicht einmal 5%.

Natürlich ist das kein Wunder. Die Massenmedien beschäftigen sich allenfalls mal mit einem Betroffenen, wenn sein Fall besonders krass ist. So etwas findet man ungerecht, mit dem Einzelnen hat man Mitleid.

Aber solange die Berufsverbote auf dieser Ebene abgehandelt werden, ist es nicht verwunderlich, daß die meisten den Radikalerlaß kaum zur Kenntnis nehmen. Man muß soviel Mitleid haben, denn es gibt ja soviel Ungerechtigkeit auf dieser Welt.

Vielleicht versteht man besser wie das Berufsverbot jeden von uns trifft, wenn man die Wellen zeigt, die diese Praxis schlägt:

- In diesem Heft fordern wir Sie auf, mit Ihrer Unterschrift gegen die Verherrlichung der chilenischen Militärdiktatur in bayerischen Schulbüchern zu protestieren.
Sie können sicher sein, Ihre Unterschrift landet beim Verfassungsschutz. Damit sind Sie vorgemerkt. Da aber bereits Daten von 3.000 000 Bundesbürgern gespeichert sind, gehören Sie als DID-Bezieher wahrscheinlich ohnehin dazu.
- Die Schnüffeldienste arbeiten mit Perspektive. An den Schulen erfassen sie bereits 6jährige, die Mitglieder in fortschrittlichen Jugendgruppen sind.
- Bestochene Wissenschaftler bespitzeln ihre Kollegen. Vorgemerkt ist, wer Sätze schreibt wie diese: "Grundsätzlich kann die Reformlösung nicht in der Zirkulationssphäre gesucht werden. Sie muß politisch erfolgen. Dazu sind vor allem die Gewerkschaften angehalten." Der Erfolg solcher Gesinnungsschnüffelei: Viele trauen sich nicht einmal mehr theoretisch festzustellen, daß der Kapitalismus an seine Grenzen gestoßen ist.

- Selbst bis in vom Bürgermeister einberufene Bürgerversammlungen, die veranstaltet werden, damit man seine Meinung sagt und seine Probleme diskutiert, reicht der Arm der bezahlten Denunzianten. Macht jemand seinem Herzen Luft und schimpft auf den Stadtrat, sitzt der unscheinbare Graue da und versucht den Namen des 'Radikalen' zu erfahren.
- In den Betrieben hat diese Praxis schon Tradition. Unternehmer halten Auskunftsteien (siehe "Personenankünfte", S. und "Berufsverbot bei einer Bank", S.), schwarze Listen sorgen dafür, daß man keine Stelle mehr findet, wenn man einmal aufgefallen ist - z.B. als aktiver Gewerkschafter.

Nur fünf Beispiele, die sonst weggelassen werden, die aber erst die Argumentation gegen den Radikalerlaß vervollständigen. Vor fünf Jahren hat sich bei uns das Klima grundlegend verändert. Wer mitdenkt muß erkennen:

Der Radikalerlaß bedeutet mehr als Berufsverbote!

INHALT:

FÜNF JAHRE BERUFSVERBOTE

rechtfertigen einen DID, der sich fast ausschließlich damit beschäftigt. Wir bringen Reportagen von Betroffenen,

S. 2, 5

Auswirkungen der Berufsverbote auf das öffentliche Leben in der BRD,

S. 9

einige Informationen zur fdGO

S. 10

Ausschnitte aus ca. 200 Interviews im Originalton Bayern

S. 12

ISOLATIONSFOLTER

ist lange Zeit nur als Propagandaschlagwort der Linken gewertet worden. Dokumente, die der DID veröffentlicht beweisen: Die Behandlung von Strafgefangenen in der BRD ist skandalös. Sie widerspricht rechtsstaatlichen Grundsätzen.

S. 23

DEMONSTRATION VERBOTEN

weil sie sich gegen den berüchtigten Schah von Persien richtete. Begründet wurde das Verbot mit den auswärtigen Interessen der BRD

S. 26

tun, was man gemeinsam und organisiert anpacken mußte. Sie hatte sich einer politischen Studentengruppe angeschlossen.

Natürlich, sagen die Behörden, ist das Demonstrieren oder die Mitgliedschaft in einer Partei

nicht verboten, aber wer demonstriert, oder kandidiert zu Studentenparlamentswahlen, hat eine Gesinnung mit der man nicht im Staatsdienst angestellt werden kann.

Vom Berufsverbot betroffen sind:

- Teilnehmer von Demonstrationen, z. B. gegen den Vietnamkrieg oder gegen Strauß
- Kandidaten zu Studentenparlamentswahlen (vergleichbar mit Wahlen zum Vertrauensleutkörper)
- Mitglieder von folgenden Parteien: FDP, SPD, DKP
von fortschrittlichen Organisationen wie der Deutschen Friedensgesellschaft/Vereinigte der Kriegsdienstgegner und kommunistischen Organisationen.
- aktive Gewerkschafter

So interessierte den Herrn Ministerialrat im Kultusministerium auch nicht, ob das was Christine getan und gefordert hatte richtig war. Er wollte wissen wie sie dachte, sagte er. Was ihn das angehe! Was sie in einem "Konfliktfall" tun würde interessierte ihn. Sie wolle ja Beamter werden, meinte er. Zuerst hatte sie nicht verstanden, was er damit wollte, dann hatte sie an den Konflikt in Erwitte gedacht: Arbeiter lassen sich nicht rausfeuern bei Seibel, streiken und besetzen den Betrieb; oder an den Konflikt in Brokdorf: die Polizei geht gegen die Bürger vor, die das Kernkraftwerk nicht wollen. Christine hatte nicht gewußt, was sie jetzt sagen sollte. Sie wollte ja Beamtin werden. Aber offenbar bedeutete die Treuepflicht zum Staat, daß sie für Kernkraftwerke sein mußte, und wenn sie noch so viel Gefahren für Gesundheit und Existenz der Bevölkerung mit sich brachten, oder, daß sie für Entlassungen sein mußte - das ging ihr entschieden zu weit. Und die Leute sollten ihre Kinder zu Lehrern in die Schule schicken, die den Kindern womöglich predigten, wie gut und notwendig die Entlassung ihrer Väter und Mütter für "unsere" Wirtschaft war. Nein, und nochmal nein! Und das

Gespräch schnell beendet. Abschließend hatte er ihr zu verstehen gegeben, daß sie als Lehrerin unerwünscht sei. - Also Berufsverbot.

Im Betrieb ist klar, daß der Unternehmer das Sagen hat. Wer zahlt schafft an. So mußten sich die Arbeiter immer wieder ihr Recht gegen die Unternehmer erkämpfen. Aber wie ist das beim Staat, schließlich ist der Staat kein Unternehmer. War der Staat nicht irgendwie für alle da? Da müßte es zumindest gleichgültig sein, was die Beamten für eine Einstellung zu den Unternehmern haben - könnte man meinen. Warum wurde dann aber jemand wie Christine, die für die Interessen der Arbeiter war, nicht eingestellt? Christine kannte etliche Studenten, die dafür waren, daß auf streikende Arbeiter auch geschossen werden kann. Solche Leute hatten keine Schwierigkeiten in den Staatsdienst zu kommen.

Für wen war das nun gut, wenn fortschrittliche Leute Berufsverbot bekamen?

Staatsdienst ... Behörden ...

Arbeitsamt ... Ins Arbeitsamt, das war jetzt auch für Christine der nächste Weg. Ja, wenn da Beamte drinn sitzen, die sich einsetzen für die arbeitslosen Kollegen, das würde schon was nützen. Beamte, die auch die Öff-

fentlichkeit wahrheitsgemäß über die schlechte Lage der Arbeitslosen unterrichteten; Beamte, die Partei ergreifen für die arbeitslosen Kollegen. Und nicht Beamte, die die Öffentlichkeit über die tatsächliche Situation hinwegtäuschten; Beamte, die die Vorstellung haben, daß wer arbeitslos sei im Grunde nur arbeitsscheu ist, und die damit in der Öffentlichkeit Stimmung gegen die arbeitslosen Kollegen und damit eigentlich gegen alle Arbeiter machten. Das nützte doch nur den Unternehmern. Aber wenn das so weiterging mit den Berufsverboten, würde sich keiner mehr trauen den Mund aufzumachen



und es würden bald nur noch Kriecher im öffentlichen Dienst sitzen. Deshalb ist es richtig, daß aufrechte Leute, die sich was zu sagen trauen und sich für die

Belange der Mehrheit der Arbeiter einsetzen, in den Staatsdienst gehörten. Es war schon richtig, sagte sich Christine, daß sie sich nicht hatte klein kriegen lassen.

BERUFSVERBOT BEI EINER BANK

Das Beispiel Conni R.

Ich bin 28 Jahre alt, verheiratet und habe zwei Kinder. Mein Vater war Besitzer einer mittleren Fabrik. Nach meinem Abitur 1966 wurde ich Mitglied des CSU-Studentenverbandes RCDS. Durch meine Erfahrungen in der Bundeswehr, durch den Vietnamkrieg und durch die Studentenbewegung vollzog sich die Abkehr von meiner bisherigen Einstellung und

auch der Bruch mit meinem Elternhaus. Ich lehnte es ab, Nachfolger meines Vaters im Betrieb zu werden. Meine Argumente: Ich hatte nichts zum Aufbau der Fabrik geleistet, das war das Werk der dort beschäftigten Arbeiter. Ich war nur bereit in den Betrieb einzutreten, wenn den Arbeitern weitgehende Mitbestimmungsrechte eingeräumt würden. Sollten meine Vorstellungen nicht akzeptiert werden, wollte ich lieber das tun, was die Mehrheit der Menschen in diesem Land täglich tun muß: meine Arbeitskraft zu verkaufen und mit ihnen gemeinsam dafür eintreten, daß sich die gesellschaftlichen Verhältnisse in unserem Land grundlegend ändern. Mein Vater ging auf meine Vorstellungen nicht ein. Der Bruch war vollzogen.

Von den Studenten meines Fachbereiches wurde ich mehrfach zu ihrem Interessenvertreter gewählt. Ich habe aktiv teilgenommen am Kampf gegen das Bayerische Hochschulgesetz von seiner ersten Vorlage im Herbst 1969 an. Dem Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte galt mein Einsatz. Bald wurde mir klar, daß der Kampf nur erfolgreich sein konnte, wenn sich alle fortschrittlichen Kräfte ungeachtet gewisser ideologischer Differenzen, gleichgültig ob Studenten, Arbeiter, Angestellte sich zusammenschließen gegen die Macht der Großkonzerne und der ihr dienenden reaktionären Kräfte und Faschisten. So wurde ich Mitglied der DEMOKRATISCHEN FRONT (DF), einer Studentenorganisation, die sich genau diese Ziele gesteckt hatte. In der Zeit, als ich durch eine nebenamtliche Tätigkeit als Lehrer in der Erwachsenenbildung an einer Privatschule einen Teil meines Studiums finanzierte, wurde ich Mitglied der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.

Mein Studium der Wirtschaftswissenschaften habe ich mit einem überdurchschnittlichen Examen abgeschlossen. Das war meine Vergangenheit, als ich im Februar letzten Jahres auf Stellensuche ging. Über dreißig Bewerbungen habe ich geschrieben. Trotz des guten Examens nahezu ohne Erfolg. Bei der Vorstellung in einer Bank - einer der zehn größten - drehte sich das Gespräch mit drei leitenden Angestellten vor allem um meine Herkunft und meine persönlichen Verhältnisse. Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, machte ich die Herren darauf aufmerksam, daß ich wegen angeblicher Beleidigung (von F.J. Strauß) zu einer Geldstrafe von 600.-- DM verurteilt worden war. Nun nahmen sie mich in die Mangel. Ob ich mich rechts, links oder in der Mitte einordnen würde? Ich antwortete, daß ich mich immer gegen Ungerechtigkeiten und Verschlechterungen der Studiensituation ge-

wehrt hätte und daß ich von solchen Klassifizierungen nichts halte. Ob ich organisiert sei? Ja, ich sei gewählter Studentenvertreter gewesen und Mitglied der DF. "Front" wurde etwas belächelt. Ich meinte, daß es heute an meiner Universität schon wieder Burschenschaften gäbe, die voll die Greuel der Nazis rechtfertigen würden und daß man gegen diese in der Tat "Front" machen müsse. Wie ich denn zur Verstaatlichung der Banken stehe? Ich antwortete etwas ausweichend, daß im Jahre 1931 die Großbanken praktisch verstaatlicht wurden und sie 1936 wieder reprivatisiert worden seien, und daß weder das eine noch das andere zu ihrem Schaden gewesen sei. Zu meiner Haltung zum neuen Gesetz zur Beschränkung von Großkrediten antwortete ich, daß ich bezweifle, ob die Einhaltung des Gesetzes überhaupt kontrolliert werden könne und ich davon ausgehe, daß die Banken letztlich in ihrem Interesse genügend Mittel und Wege haben, um dieses Gesetz zu umgehen. Verständnisinniges Lächeln war die Reaktion der Bankherren.

Nach wenigen Tagen erhielt ich von der Bank den Arbeitsvertrag zugesandt. Telephonisch wurde mir mitgeteilt, daß man mir meine "Studientorheiten" nachsehen wolle und daß nicht meine Examennote oder mein Auftreten den Ausschlag gegeben habe, sondern meine Herkunft. Das sei all jenen gesagt, die sich Illusionen machen, daß in diesem Staat dem Tüchtigsten alle Türen offen stehen.

Eine Woche nach der Unterzeichnung des Vertrags erhielt ich ein Telegramm. Ich solle doch noch einmal in meiner Personalangelegenheit vorsprechen. Mir schwante nichts Gutes. Die drei Herren eröffneten mir sofort, daß sie sich entschlossen hätten, doch von einer Anstellung abzu- sehen wegen meiner "gesellschaftspolitischen Einstellung". Sie hätten es zwar fair gefunden, daß ich ihnen so offen meine politische Vergangenheit geschildert habe, aber nach nochmaliger

Prüfung ihrer Unterlagen müßten sie ihre ursprüngliche Entscheidung revidieren. Jeder können zwar seine Meinung haben, aber im Rahmen der Bank und meiner mir zugedachten Aufgaben sei meine Einstellung wohl nicht vertretbar.

Schnüffelei bei Arbeitslosen

Mehrere Arbeitsämter sind von der Bundesanstalt für Arbeit schriftlich angewiesen worden, bei der „Befragung“ von über 2000 Arbeitslosen über „Ursachen des Extremismus, insbesondere des Linksextremismus“ mitzuwirken. Die Arbeitsämter sollen Arbeitslose auswählen und auffordern, sich an der von Infratest durchgeführten „Untersuchung“ zu beteiligen. Das Schreiben aus Nürnberg trägt das Datum vom 23. 9. 76 und das Aktenzeichen Ia2 – 5016.3/5430.

Aus „Die Tat“

Mehrmals habe ich nachgefragt, welche Unterlagen und Informationen denn zu ihrem neuen Entschluß geführt haben. Sie müßten mir doch wenigstens die Möglichkeit geben, mich zu verteidigen. Aber ich erhielt nur die kühle Antwort: Eine Bank von ihrer Größe habe eben zu mehr Informationen Zugang als der gewöhnliche Erdenbürger. Das kann doch nichts anderes heißen, als daß Verfassungsschutz und andere staatliche Schnüffelorgane direkt mit dieser Großbank zusammengearbeitet haben. Sie kamen offenbar zu der Überzeugung, daß die Hoffnung mich auf Grund meiner Herkunft „umzudrehen“ nur gering ist.

In der Tat und ihr Verhalten bestärkt mich nur in der Haltung auch weiterhin auf der Seite der Kräfte zu stehen, die für Freiheit und sozialen Fortschritt eintreten.

Mit saurer Miene boten sie mir schließlich eine magere Abfindung. Ich hatte meine Wohnung bereits gekündigt, bei der Versicherung bereits abgesagt. Aber ich dachte mir meinen Teil und fuhr nach Hause.

Mein erster Weg ging zur Rechtsstelle des DGB. Ich legte meinen Fall dar und ohne Zögern wurde mir Rechtsschutz gewährt. Allerdings war mir bald klar, daß es trotz eindeutiger Rechtslage sinnlos war, den Kampf um eine Einstellung

Einstellung zu führen. In meinem Vertrag war während der Probezeit eine einmonatige Kündigungsfrist vorgesehen. In dieser Zeit hätte die Bank mit Sicherheit Vorwände gefunden, um mich zu „verüberflüssigen“. Und welches Arbeitsgericht stellt sich heute schon gegen eine Großbank. Zumal ich in der kurzen Zeit meiner Beschäftigung wohl noch nicht auf die volle Unterstützung der Kollegen hätte hoffen können. So blieb nur der Kampf um eine angemessene Abfindung.

In einem Schreiben der Rechtsstelle an die Bank wurde mein Fall klar als politischer gekennzeichnet und in den Zusammenhang mit der Berufsverbotspraxis gesetzt. Nach zähen Verhandlungen konnte schließlich eine Abfindung in Höhe von fünf Monatsgehältern erreicht werden. Das war dem entschiedenen Auftreten der Gewerkschaft zu verdanken und wohl auch ein wenig der Angst der Bankherren einen möglichen „Unruhestifter“, „Extremisten“, „Chaoten“, „Verfassungsfeind“ oder wie wir sagen würden, einen aktiven Demokraten in ihrem Hause zu haben.

Ich möchte an dieser Stelle der DGB-Rechtsstelle, meiner Gewerkschaft und dem DGB danken für die Hilfe und Unterstützung.

Was sind nun die Lehren aus dem von mir erlebten und geschilderten Fall?

1. Es ist falsch, Deinem möglichen Arbeitgeber Einblick insbesondere in Deine politische Vergangenheit zu geben. Du darfst nicht die Wahrheit über Dich erzählen, Du mußt lügen, wenn Du arbeiten und existieren willst.

2. Über Deine Berufschancen entscheidet nicht in erster Linie Deine Qualifikation und Deine Leistung, sondern Deine Klassenherkunft und Deine "gesellschaftspolitische Einstellung".
3. Selbst wenn Du Dich verstellst, gezwungenermaßen lügst, bist Du Deiner Arbeit nicht sicher. Der Verfassungsschutz arbeitet mit den Großkonzernen zusammen. Und der kennt Deine Vergangenheit oft "besser" als Du selbst.
4. Ist man diesem Teufelskreis hilflos ausgeliefert? Muß man sich anpassen oder muß man resignieren? Nein! Unsere Devise muß sein: a) wir sind dagegen, b) wir haben keine Angst. Du stehst nicht allein. Werde Mitglied in der Gewerkschaft, in anderen demokratischen Organisationen, damit wir bald besser gegen den Abbau der demokratischen Rechte und die Verschlechterung unserer Existenzbedingungen kämpfen können. Damit endlich eine politische öffentliche Meinung geschaffen

wird, die statt den Demokraten in diesem Land den Herren in den Chefetagen und ihren "Freiheit-oder-Sozialismus"-Schreibern die Fesseln anlegt. Schließen wir uns zusammen und wehren wir uns trotz mancherlei Differenzen wenigstens gegen eines gemeinsam: die Angriffe des Großkapitals und seiner schwarzbraunen Helfer.

Und eines möchte ich zum Schluß noch klarstellen. Ich fühle mich nicht als Märtyrer. Ich habe jetzt fünf Monate Zeit - dank der Abfindung - mir eine Arbeit zu suchen. Wahrscheinlich werde ich wohl keine finden, die meiner Ausbildung entspricht. Aber ich habe einen Kopf und zwei Arme und noch sind wir nicht soweit, daß wir unser Recht auf Arbeit in Konzentrationslagern verwirklichen dürfen. Was mir und den vielen anderen betroffenen Demokraten nichts nützt ist passives Mitleid. Was wir brauchen ist aktiver Einsatz für unsere demokratischen Rechte, Zivilcourage, kein Zurückweichen, sondern gemeinsames Eintreten für unsere Interessen.

Bestellschein

Hiermit bestelle ich ein
Jahresabonnement des
**DEMOKRATISCHEN
INFORMATIONSDIENSTES**

DM 8.- habe ich überwiesen /
liegen in Briefmarken bei

Name:.....
Vorname:.....

Straße:.....
Ort:.....

DEMOKRATISCHER INFORMATIONSDIENST

Herausgegeben vom Anti-Strauß-Komitee

20

ABONNEMENTS:

Jahresabonnement DM 8.-
Postscheckkonto Jacobi,
München 28 82 65 - 809

Das Anti-Strauß-Komitee ist parteipolitisch nicht gebunden: Im ASK arbeiten Strauß-Gegner gleich welcher Herkunft, Partei oder Weltanschauung zusammen gegen die wachsende Gefahr der rechten und ultrarechten Kräfte. Strauß ist heute der Sammelpunkt für diese Kräfte; dahinter stehen einflußreiche Vertreter von Banken und Großindustrie.

Das Anti-Strauß-Komitee setzt sich ein für die Erhaltung der in der Verfassung garantierten demokratischen Grundrechte.

Das Anti-Strauß-Komitee will einen Beitrag dazu leisten, den Gedanken der Einheit aller demokratischen Menschen zu fördern.

Verantwortlich im Sinne des Presserechtes:

Heinz Jacobi, 8000 München 2, Martin-Greif-Straße 3
München, Regensburg: Eigendruck im Selbstverlag

Für 89,90 DM

Personen auskünfte

durch private Detekteien

Für nur 89,90 DM Pauschalpreis können Firmen in Aachen und Umgebung bei der Detektei Intertec "Personenauskünfte" und "Zuverlässigkeitsprüfungen" bestellen. So wurden große Industrieunternehmen davor bewahrt, Leute einzustellen, die als radikal gelten.

Die 25 Jahre alte Duisburger Fa. Kocks trat in letzter Zeit an Unternehmer 'in der Größenordnung von Konzernen' heran und bot "Beobachtungen und Schutzdienste" an. Dieses private Ermittlungsunternehmen will 'aufgrund von zuverlässigen Spezialermittlungen, die garantiert unbemerkt bleiben' Ergebnisse von Nachforschungen über die politischen Aktivitäten von Betriebsangehörigen liefern.

Die politischen Aktivitäten wurden als 'extrem' bezeichnet. Was unter "extreme politische Aktivitäten" zu verstehen ist, darüber entscheidet im einzelnen das auftraggebende Unternehmen oder das private Spitzel-Unternehmen.

Nachdem im Landtag von Nordrhein-Westfalen auch bekannt geworden ist, daß sich staatliche Stellen privater Detekteien beim Gesinnungsschnüffeln bedienen, dürfen getrost engere Verbindungen zwischen staatlichen und privaten Schnüfflern vermutet werden. Man schiebt sich gegenseitig die nötigen Informationen zu.

Offensichtlich ist auch, daß die staatliche Praxis der Gesinnungskontrolle ausgesprochen ermutigend auf private Stellen, die sich nun ihrerseits Polizeifunktionen anmaßen, auswirkt.

So wird von Opel, Rüsselsheim, berichtet, der dortige Werksschutz nähme in bester Wild-West-Manier Verhöre vor, fertige Fingerabdrücke an und nehme sogar nächtliche Haussuchungen bei unbequemen Mitarbeitern vor.

Private Wachunternehmen, wie z.B. die berühmte MIHM OHG in Kassel oder die gefürchteten Schwarzen Sheriffs in München, werden mit öffentlichen Aufträ-

gen gefördert, ob es sich um die Bewachung einer U-Bahn-Station oder um die von Bundeswehrkasernen handelt, der Steuerzahler bleicht mit für diese Kommerz-Maffia.

Kein Wunder, daß sich da auch der Nürnberger Waffenfreund und Erzfascist Hoffmann mit seinen Wehrsportgruppen beteiligen möchte. Gegenüber KONKRET eröffnete er seine Bereitschaft, dort einzugreifen, wo der Werkschutz versage (z. B. weil er mitstreikt).

So schaukelt es sich auf: Staatliche Praxis der Angstmacherei, der Schnüffelei und des Denunziantentums greift schnell um sich und wird vermarktet. Denn für die, die Geld einstreichen wollen, hat sich Gewalt noch immer gelohnt, und je schwieriger die Geschäfte werden, desto gewalttätiger werden sie. ■

An ASK-Demonstration teilgenommen:

Nicht verfassungstreu

Auch weil sie an einer angemeldeten und genehmigten Demonstration des ASK gegen den NPD-Bundesparteitag im Frühsommer 1974 teilgenommen hatte, wurde die Lehrerin Maria Beck nicht zum Schuldienst zugelassen.

Offensichtlich ist die Rechtslage damit so: wer gegen Faschisten demonstriert, hat damit genau nicht bewiesen, daß er aktiv für die Verfassung der BRD eintritt, obwohl doch von den Verhörenden gerade dieser Beweis immer gefordert wird. Wie sollte er denn noch eindeutiger ausfallen? Unerhört auch, daß nun das ASK zu den angeblich verfassungsfeindlichen Organisationen gehört. Aber nachdem auch die DFG/IDK (Kriegsgegnerorganisationen) und der Bund demokratischer Richter dazugehören, wundert es den Eingeweihten nicht.

Verfassungstreu ist allein die CSU, und FJS (Franz Joseph Strauß) wird zum Oberinterpreten der CSU-Verfassung ernannt. ■

freiheitliche demokratische Grundordnung - Grundgesetz - demokratische Grundrechte

Auf der Suche nach der 'fdGO'

"Sie bieten nicht die Gewähr, jederzeit voll einzutreten für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes" heißt es, wenn ein Bewerber für den Öffentlichen Dienst abgelehnt wird.

Voll eintreten für die "freiheitliche demokratische Grundordnung" (fdGO) - wer ist sie, woher kommt sie?

Der Begriff tauchte erstmals auf beim Verbot der SRP, der Nachfolgeorganisation der NSDAP, aber näher erläutert wurde er noch nicht. Erst mit dem KPD-Verbotsurteil 1956 tauchten inhaltliche Positionen auf, die später vom Karlsruher Bundesverfassungsgericht in 8 Prinzipien zusammengefaßt und festgelegt wurden.

- Diese 8 Prinzipien der fdGO habe ich unterschrieben, als ich mich als Lehrer beim Staat bewarb:

- "Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allen vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung"

Ja, dafür habe ich immer gekämpft. Als Studentenvertreter setzte ich mich ein, daß alle Abiturienten ihr Studium nach ihrer Wahl aufnehmen können und nicht am Numerus Clausus scheitern. Daß jeder Demokrat seine Meinung frei äußern darf, ohne mit Berufsverbot rechnen zu müssen. Ich habe mich gegen die Notstandsgesetze ebenso zur Wehr gesetzt, wie gegen das Verfassungsschutzgesetz, das die Rechte der Bevölkerung drastisch einschränkt.

- "Volksouveränität"

Alle Gewalt soll vom Volk ausgehen. Nun, dafür bin ich auch, aber wo gibt es denn das in der Wirklichkeit? Alle 4 Jahre dürfen wir mal zum Wählen, aber was ist das schon, wenn wir nicht einmal unsere Abgeordneten beauftragen und von ihnen Rechenschaft verlangen dürfen? Ein imperatives Mandat gibt es ja nicht, es gilt sogar als verfassungswidrig. Die Abgeordneten sind lediglich ihrem eigenen Gewissen gegenüber verantwortlich. Nicht einmal Volksentscheide sind ohne Einschränkung möglich, ganz zu schweigen davon, daß das Volk nicht die wirtschaftliche Kontrolle der Produktion inne hat. Wo geht denn da Gewalt von Volke aus?

- "Gewaltenteilung"

Freilich, für eine Teilung der Macht bin ich auch. Aber wenn sich die Gerichte an die gemachten Gesetze halten müssen, dann ist dies ja doch keine Gewaltenteilung, sondern die Abhängigkeit einer Gewalt von einer anderen.

- "Unabhängigkeit der Gerichte"

Dem kann ich zustimmen. Aber wie "unabhängig" oder neutral urteilen diese Gerichte, wenn es darum geht, einem kritischen Demokraten den Weg in den öffentlichen Dienst zu verwehren und sie im gleichen Fall einen alten oder neuen Nazi in Amt und Würden lassen? Wenn geringe Unredlichkeiten des kleinen Mannes hart bestraft werden, während Wirtschaftsgangster unbehelligt bleiben. Werden solche Urteile im Namen des Volkes gesprochen?

- "Verantwortlichkeit der Regierung"

Ja, da bin ich auch dafür. Jeder Staatsbürger müßte doch erwarten können, daß sich die gewählten "Volksvertreter" ihren Wählern gegenüber verantwortlich fühlen.

- "Mehrparteiensystem"

Dafür bin ich auch, aber es steht wohl nur so auf dem Papier. Wieso wurde die KPD schließlich 1956 verboten? Dieses Prinzip der fdGO gilt offenbar nur für ganz bestimmte Parteien?

- "Chancengleichheit für alle politischen Parteien"

Schön und gut. Demgegenüber steht die 5%-Klausel. Mit ihr ist es ein leichtes, nichterwünschte Parteien rauszuhalten. Aber auch die Finanzierung spielt für die Parteien eine nicht unerhebliche Rolle. CDU/CSU können ihren Wahlkampf recht leicht führen, wenn sie aus Wirtschaftskreisen beträchtliche Geldsummen erhalten. Aber kleine demokratische Parteien? Nun ja, wer der Finanzkräftigen würde schon auf diese setzen?

- "Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition"

Ja, dafür setze ich mich beson-

ders ein! Denn eine Demokratie macht es eigentlich aus, daß die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung zum Tragen kommen müssen. Wenn es z.B. darum geht, daß sich die Mehrheit einer Gemeinde für die Erhaltung eines Waldes als Naherholungsgebiet einsetzt, während ein Konzern dort nach dem Abholzen ein Chemiewerk errichten will.

Obwohl ich diese Prinzipien der fdGO im Sinne des Grundgesetzes unterzeichnet habe, da ich sie richtig finde, habe ich nun Berufsverbot. Der Schluß liegt dann doch nahe, daß ich an etwas ganz anderem gemessen wurde. Was kann das sein? Was habe ich sonst noch gemacht? Was habe ich sonst noch für richtig befunden und bin dafür eingetreten?

Ich habe an einer Demonstration teilgenommen, die höhere Ausbildungsbeihilfen für Studenten forderte.

1949 wurde das Grundgesetz vom Parlamentarischen Rat verabschiedet. Das deutsche Volk war nie dazu befragt worden. So ist es auch erklärlich, daß im Grundgesetz bereits elementare Grundrechte für das Volk fehlen. Ein Recht auf Arbeit, auf Streik, auf wirtschaftliche Kontrolle der Produktion, kennt das Grundgesetz nicht. Dagegen aber schon das Grundrecht: "Eigentum wird gewährleistet".

Innerhalb von 27 Jahren wurden aber mehr als die Hälfte der Grundgesetzartikel verändert und 33 weitere hinzugefügt. Darunter die Remilitarisierung 1955 wie auch die Notstandsgesetze 1968, die gegen breite Protestwellen in der Bevölkerung durchgepeitscht wurden. Mit dieser Handhabe kann jetzt zu jeder Zeit der Notstand ausgerufen werden, wenn Arbeitskämpfe nicht mehr die "Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen gewährleistet" - also z.B. wenn Arbeiter streiken. Bundesgrenzschutz und Bundeswehr können dann gegen Streikende eingesetzt werden.

Das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis werden dann aufgehoben. Aber dies gilt ja inzwischen nicht nur für den Notstand, sondern seit 1972 durch das Verfassungsschutzgesetz auch schon für den Alltag. Wo bleibt da "die Würde des Menschen ist unantastbar"? - eines jener unveräußerlichen Grundrechte?

Nehmen wir unsere demokratischen Rechte wahr, so ist schon ein Gesetz oder Erlaß da, der sie uns abspricht. So werden durch das "Gesetz zum Schutze des Gemeinschaftsfriedens" und durch den sogenannten Radikalenerlaß das Recht auf Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit, das Recht auf freie Meinungsäußerung entscheidend eingeschränkt.

...!Auf der Suche nach der fdGO"

Ich habe Flugblätter verteilt, die die Bevölkerung über die Probleme der Studenten und den Sinn dieser Demonstration aufklären sollten.

Ich habe mit meinem Namen auf einer Unterschriftenliste gegen den Krieg in Vietnam protestiert. Das alles sind demokratische Grundrechte, wie sie im Grundgesetz stehen, und auf welches sich die fdGO ja bezieht: Recht auf Meinungsfreiheit, Recht auf Demonstrations- und Versammlungsfreiheit. Trotzdem habe ich Berufsverbot bekommen. Habe ich gegen das

Grundgesetz verstoßen, was hat es mit den Grundrechten auf sich? Ich habe mich aktiv für die demokratischen Grundrechte eingesetzt. Dafür wurde ich als "Verfassungsfeind" bezeichnet. Auf dem Papier des Grundgesetzes stehen die Grundrechte Artikel 1-20 zwar festgeschrieben, dürften nach Artikel 79 auch nicht geändert werden - trotzdem: ich bekam Berufsverbot. Dann gibt es doch nur den einen Schluß: Dieses Grundgesetz wurde nicht für mich geschaffen. Gelten die Grundrechte nur für die, die bei uns das Sagen haben? ■

Baumann-Buch bleibt beschlagnahmt

Das Buch des steckbrieflich gesuchten Anarchisten „Bommi“ Baumann, „Wie alles anfang“, bleibt vorläufig beschlagnahmt. Mit diesem Beschluß hat der 1. Strafsenat des Oberlandesgerichts München einer Beschwerde der Staatsanwaltschaft München I stattgegeben. Die Beschwerde hatte sich gegen den Beschluß des Landgerichts München I gerichtet, die Beschlagnahme des Baumann-Buchs aufzuheben. Die letzte Entscheidung liegt jetzt beim Bundesgerichtshof. jf

Anfang November 1976 noch jubelte die liberale "Zeit":

'Zensurversuch gescheitert'. Doch - wie man sieht - wurde mit dem Freispruch der Staatsschutzkammer am Münchner Landgericht nicht der Gegenbeweis zur allgemeinen Repression und dem offensichtlichen Abbau freiheitlich demokratischer Grundrechte erbracht. Ausschlaggebend dürfte der in- und ausländische Protest und die breite Solidarität für die Freigabe dieses zeitgeschichtlichen Dokuments gewesen sein. Als Antwort auf die Beschlagnahme der Ausgabe des Trikont-Verlages vom November 1975 hatten nahezu 500 Personen - u. a. Gollwitzer, Myrdal, Rinser, Böll, Gräfin von Lehnendorff, Enzensberger - und Firmen das Buch neu herausgegeben, gedruckt wurde im Ausland; an diese Ausgabe hat sich der Staatsanwalt bisher noch nicht herangetraut.

Damit wurde deutlich zum Ausdruck gebracht, daß man sich weder einer Zensur, noch der

Selbstzensur unterziehen wird. Die zu Beginn 1976 verabschiedete 14. Strafrechtsänderung mit ihren inzwischen berüchtigten Maulkorb-Paragrafen war geeignet, ein Klima der Einschüchterung zu schaffen, wie es z. B. im Luchterhand-Verlag geschah - siehe DID 3. Jahrg. Nr. 23, S. 7 -. Ebenso wie Verlage diese Einschränkung der Meinungsfreiheit nicht hinnehmen können, weil das schließlich auch ihre Existenz gefährdet - besonders die der kleineren Verlage - dürfen es die Leser, d. h. die Öffentlichkeit nicht akzeptieren, sich Bücher, Zeitschriften, Flugblätter usw. vorenthalten zu lassen.

Daß es um die Existenz kleiner Verlage geht, die finanziell ruiniert werden sollen, darf auch bei dem Prozeß gegen den Trikont-Verlag vermutet werden. "Gewöhnlich gut informierte Kreise" teilen mit, daß lediglich eine Strafe in Höhe einiger hundert DM zu erwarten sei, jedoch Prozeßkosten von bislang 35 000.-DM

Das Buch "Wie alles anfang" ist der Tatsachenbericht darüber "wie Gewalt entstehen und wohin sie führen kann". Eine Schilderung zur geistigen Auseinandersetzung mit unserer Gegenwart, die wir uns nicht durch den Ungeist freiheitsraubender Gesetze und die Interpretationswillkür einzelner Richter, Staatsanwälte oder Staatsschutzorgane nehmen lassen! Das "Bommi" Baumann-Buch, 'Wie alles anfang' ist evtl. noch in einzelnen Buchhandlungen vorrätig oder aber über den DID zu beziehen. Wer die Neu-Ausgabe unterstützt, teilt dieses der Karl-Marx-Buchhandlung, Jordanstraße 11, 6000 Frankfurt, mit. ■

MEINUNGSUMFRAGE

zum Thema:

5 Jahre 'RADIKALENERLASS'

Anläßlich des fünften Jahrestages des "Radikalenerlasses" veranstaltete der Demokratische Informations-Dienst in Regensburg eine Umfrage. Mitarbeiter der Redaktion des DID gingen mit Mikrofon und Tonband auf die Straße und interviewten die Bevölkerung. Im folgenden einige Beispiele:

Ein Landwirt

Reporter (R): Kennen Sie den "Radikalenerlaß?"

Antwort (A): Nein

R.: Haben Sie nicht davon gehört, durch die Zeitung oder durch das Fernsehen?

A.: Nein

R.: Kennen Sie Berufsverbote?

A.: Na, kenn i a net.

R.: Ist Ihnen bekannt, daß in der BRD über tausend Leute nicht in den öffentlichen Dienst eingestellt wurden?

A.: Ja.

R.: Davon haben Sie gehört, und wo haben Sie das erfahren?

A.: In der Zeitung.

R.: Wissen Sie auch, daß in der Bundesrepublik nahezu eine Million Personen überprüft wurden auf ihre politische Gesinnung?

A.: Na, des weiß i net.

R.: Kennen Sie den Verfassungsschutz der Bundesrepublik?

A.: Na, kenn i net.

R.: Sind Sie dafür, daß Kommunisten im Staatsdienst tätig sind?

A.: Na.

R.: Warum nicht?

A.: Ja, weil - i mein halt, wenn der Kommunist da ist, dann is die Freiheit eingeschränkt und so.

R.: Im Grundgesetz steht, daß jeder seine politische Anschauung haben darf ...

A.: Ja, des schon, aber na geht des im landwirtschaftlichen Bereich alles nach Plan, da wird alles nach Plan eingestellt...

R.: Was sind Sie von Beruf?

A.: Bauer, Landwirt.

R.: Wie alt sind Sie?

A.: Sechzehn Jahre.

Mit über hundert Personen haben wir solche Befragungen durchgeführt um einen Überblick zu bekommen, inwieweit die Befragten informiert sind und wie ihre Meinung zum Thema "Radikalenerlaß" ist. Hauptsächlich konzentrierten wir uns auf drei Fragen:

Kennen Sie den Radikalenerlass ?

Kommunisten im Staatsdienst ?

Was dagegen tun ?

Dabei stellte sich heraus:

Über die Hälfte der Befragten kannte den "Radikalenerlaß" nicht; der Rest gab an, von Berufsverböten gehört zu haben, sie waren oberflächlich informiert, verwechselten zum Teil das Problem Berufsverböten mit Arbeitslosigkeit und Arbeitsplatzmangel. Von den fast 3 000 Berufsverböten und den Überprüfungen durch den Verfassungsschutz hatten die meisten nichts gehört.

Ein Beamter

R.: Was ist Ihre Meinung zum "Radikalenerlaß"?

A.: Ja ... ich bin dafür!

R.: Können Sie's begründen, warum?

A.: Ja es ist wirklich so, ich mein, wenn ich Kinder hab und die werden praktisch durch Kommunisten, und das sind ja teils Linksextremisten, unterrichtet, da kann man keine Kinder in die Schule schicken. Das ist praktisch unmöglich.

R.: Was glauben Sie, daß diese Lehrer den Kindern erzählen werden?

A.: Na ja, man erlebt's ja dauernd - man braucht bloß in die Gymnasien gehen, man braucht ja bloß nach Norddeutschland gehen, nach Bremen, wo praktisch die Professoren nicht mehr unterrichten können, weil eben der Linksdrall schon so weit fortgeschritten ist, daß dort die Professoren praktisch schon ausgetreten sind, sind nachher nach Nordrhein-Westfalen, nach Bayern ausgesiedelt ...

R.: Wo haben Sie das erfahren, durch die Zeitung?

A.: Nein, nicht durch die Zeitung, das ist allgemein bekannt.

R.: Haben Sie's selbst erlebt, daß es so ist an den Universitäten?

A.: Ja, doch ich hab's selber in Bremen erlebt ...

R.: Wie war das?

A.: Wie das gewesen ist? Ja, daß die Professoren ihre Professur aufgegeben haben, sind praktisch von Berlin und Hessen weggezogen nach Nordrhein-Westfalen und nach Bayern.

R.: Und sind sie hier als Professoren tätig?

A.: Teils, ja.

R.: Was sind Sie von Beruf?

A.: Ich bin Beamter.

Ein Maurer

R.: Was ist Ihre Meinung - kennen Sie den "Radikalenerlaß"?

A.: Ja, auf jeden Fall ist es doch so: wenn einer Kommunist sein will, dann soll er doch dahin gehen, wo der Kommunismus herrscht, und nicht bei uns da sich aufmandeln, wo die Allgemeinheit das gar nicht haben will, netwahr? I ko mi doch net irgendwo einmischen, wo man scho woas, i bin ja gar net gern g'sehn! Und des is ja die Allgemeinheit; des san ja einzelne, Kommunisten, die wolln sich einschleichen, uns des ganze ..., praktisch ..., und des ganze Volk vergiften.

R.: Diese Leute wollten in erster Linie ihren Beruf ausüben, den sie gelernt haben und das können sie jetzt nicht.

A.: Ja des brauchts auch gar net, daß i als Kommunist und wo i gar net gern g'sehn bin, daß ich da lehr, als Lehrer da bin; de solln da hin gehn wo's gern g'sehn sind, da soll er nüber gehn!

R.: Was ist Ihr Beruf?

A.: I bin a Maurer.

R.: Würden Sie es für richtig halten, wenn Sie auf Grund Ihrer politischen Überzeugung von Ihrem Beruf ausgestellt werden?

A.: Wenn i als Maurer ein Kommunist bin, dann komm ich mit niemand in Berührung, dann brauch ich niemanden was lernen, und wenn ich's bin, daß ich jetzt andere beeinfluss, dann g'hör ich net her, dann geh i dahin, wo i gern g'sehn bin, dann muaß i nüber geh'.

R.: In welchem Sinne "beeinflussen" meinen Sie?

A.: Ja, daß i meine Kollegen praktisch a, so quasi wenn die Wahlen sind undsoweiter, daß sie ja net die Christlich-Sozialen wählen, daß eben, net, i moan, was halt so Kommunismus ... was halt so dazug'hört, daß i da allweil für dene schwör, net?

Ein kaufm. Angestellter

R.: Was ist Ihre Meinung zum "Radikalenerlaß"?

A.: Meine Meinung ist folgendes: Der "Radikalenerlaß" ghört her, vor allem für die Schulen, für die Höheren Schulen, für den ganzen höheren Schulbereich.

R.: Was ist Ihr Beruf?

R.: Darf ich fragen, was Sie von Beruf sind?

A.: Von Beruf bin ich kaufmännischer Angestellter, Verwaltungsangestellter.

R.: Was würden Sie sagen, wenn Sie Ihren Beruf nicht mehr ausüben könnten, auf Grund Ihrer politischen Überzeugung?

A.: Na ja, was würde ich da sagen? Na ja dann müßt ich halt auf Grund meiner politischen Überzeugung irgendeinem Wohlfahrtsstaat, irgend einem Wohlfahrtsamt zur Last fallen, oder dem Sozialamt ...

R.: Finden Sie das richtig?

A.: Ich find das nicht richtig, nein! Aber Radikalenverbot find ich richtig, wenn das durchgeführt wird! Zum Beispiel wegen unserer Jugend, wo die eh zum größten Teil so verwahrlost sind, oder verwahrlost wird von verschiedenen ... Parteien.

R.: Im "Dritten Reich" gab es auch Berufsverbote, da wurden auch Leute auf Grund ihrer politischen Gesinnung nicht im Staatsdienst angestellt.

A.: Das ist wieder ein anderer Unterschied, weil des ein, ein Diktaturstaat war.

R.: Glauben Sie, daß die Berufsverbotspraxis vielleicht in die Richtung eines neuen Diktaturstaats gehen kann?

A.: -- Vielleicht? Vielleicht kann's gehn, aber ... hundertprozentig bringens sie's nicht durch.

R.: Wer bringt es nicht durch?

A.: Die Regierung.

R.: Was?

A.: Das Berufsverbot!

R.: Es wurden fast 3 000 Leute nicht eingestellt und nahezu eine Million überprüft, bereits.

A.: Ja und's Ergebnis? Was war das Ergebnis? Von dieser Überprüfung?

R.: Daß diese Leute, wenn sie sich irgendwo im öffentlichen Dienst bewerben, nicht eingestellt werden.

A.: Na ja, des ist zwar eine Sa... des is die KPD, das ist eine Tragik, aber die Partei is ja, is ja nicht verboten die Kommunistische Partei. Aber gerade in solchen Fällen, wo es um die Ki... um die Jugend geht, find ich das richtig, daß solche Elemente nicht zugelassen werden für die Schulen.

R.: Was stellen Sie sich vor, daß solche, angenommen, kommunistischen Lehrer mit den Kindern in der Schule machen?

A.: Sie werden ihnen wahrscheinlich mehr von der Politik erzählen, von ... meinetwegen Lenin, von ... von drüben, von der

- DDR, als wie hier, bei uns von der demokratischen Republik.
- R.: Wären Sie dagegen, wenn ein kommunistischer Lehrer die Jugend darüber aufklären würde, was unter'm "Dritten Reich" hier los war?
- A.: Nein, da wär ich nicht dagegen, nein! Aber ich muß ja noch mal wiederholen: Das "Dritte Reich" ist ja eine Diktatur gewesen.

Ein Techniker

- R.: Haben Sie schon vom "Radikalenerlaß" gehört?
- A.: Ja schon.
- R.: Kennen Sie Berufsverbote?
- A.: Kenn ich auch.
- R.: Wissen Sie wieviel Berufsverbote inzwischen ausgesprochen wurden?
- A.: Nein, das weiß ich nicht.
- R.: Es sind an die 3000 und nahezu 1 Million Personen wurden überprüft. Finden Sie das richtig?
- A.: Auf keinen Fall!
- R.: Sollen Ihrer Meinung nach Kommunisten im Staatsdienst tätig sein?
- A.: Von mir aus schon.
- R.: Der "Radikalenerlaß" existiert jetzt seit 5 Jahren. Hat das der BRD genützt oder geschadet?
- A.: Oh nein, so weit reicht mein Horizont nicht.
- R.: Im Ausland gab es massive Proteste gegen die Berufsverbote.
- A.: Hoffentlich merkt sich das jemand.
- R.: Glauben Sie, daß der "Radikalenerlaß" zu Fall gebracht werden kann?
- A.: Wenn es geht, ich wär auf jeden Fall dafür.
- R.: Und wie stellen Sie sich das vor?
- A.:
- R.: Auf dem Weg über ein neues Gesetz?
- Oder indem man an Abgeordnete schreibt, oder indem man sich mit Gleichgesinnten zusammentut?
- A.: Mit Gleichgesinnten, das ist das erste!
- R.: Also durch massiven Protest in der Öffentlichkeit.
- A.: Ja!
- R.: Was sind Sie von Beruf?
- A.: Ich bin Maschinenbautechniker - zur Zeit Tiefbauingenieur auf dem Friedhof.
- R.: Und wie alt sind Sie?
- A.: 29

Ein Facharbeiter

- R.: Kennen Sie den "Radikalenerlaß"?
- A.: Nein, was soll das sein?
- R.: Haben Sie schon von Berufsverboten gehört?
- A.: Berufsverbote? Ja, das ist wenn Kommunisten, da...die was..
- R.: Daß jemand wegen seiner politischen Überzeugung nicht in den Staatsdienst übernommen wurde, haben Sie davon gehört?
- A.: Davon hab ich gehört
- R.: Halten Sie das für gerechtfertigt?
- A.: Nein, das find'ich nicht für gerecht.
- R.: Können Sie das begründen?
- A.: Ja, was heißt begründen, wir leben in einem demokratischen Staat, jeder kann sagen und machen was er will. Ob er jetzt der Partei angehört oder der, das spielt doch gar keine Rolle.
- R.: Sie wären also dafür, daß auch Kommunisten im Staatsdienst tätig sind.

- A: Ja selbstverständlich, warum denn nicht?
Vor allen Dingen ist es natürlich daß, die Leute dann,... die dürfen dann ihren politischen Kurs oder ihre politische Idee, die dürfen sie natürlich nicht den Kindern übertragen; das find ich nicht für richtig, wenn sie zum Beispiel Lehrer sind; das ist absolut! Weil die Kinder sollen sich ja später selber ein Urteil bilden, die sollen sie nicht kommunistisch drillen oder dergleichen so wie's in der Ostzone ist; das find ich nicht richtig, aber sonst, was er für einer Partei angehört oder was, das spielt für mich gar keine Rolle, die Hauptsache ist, der kann für seine Partei und für seine Ideen machen was er will; aber er darf seine Ideen nicht den Kindern übertragen. Weil die Kinder haben noch keine Meinung. Also der Anschauung bin ich.
- R: Würden Sie unter "seine Ideen" so etwas verstehen, daß er z.B. im Unterricht den Kindern erklärt, wer schuld war am Hitler-Faschismus und am Krieg?
- A: Das ist wieder ganz was anderes.
- R: Wären Sie dafür, daß ein kommunistischer Lehrer so etwas den Kindern in der Geschichtsstunde erzählt?
- A: Die Hitlergeschichte, die wird überhaupt falsch aufgefasst von allen, von den meisten und, wie soll ich sagen, wie soll ich mich da jetzt ausdrücken, die Hitlergeschichte, das ist... der Hitler alleine war auch nicht schuld an dem Elend.
- R: Wer glauben Sie, daß schuld war?
- A: Ja... die ganze Politik und das ganze; das ist ganz was anderes.
- R: Eine andere Frage: Wissen Sie daß viele ehemalige Mitglieder der NSDAP heute im Staatsdienst tätig sind?
- A: Das kann schon möglich sein, aber wo, was?
- R: Finden Sie das richtig?
- A: Das find ich auch... was heißt richtig, wenn die kommunistischen Parteien, oder beziehungsweise kommunistische Anhänger im Staatsdienst sind, dann können die genauso gut rein.
Das ist eine ganz kleine Gruppe - also jedenfalls, der, der das alles mitgemacht hat - von Hitler und dergleichen- der läßt solche nicht mehr hochkommen; schließlich sollen wir auch noch freie Wahlen haben, da soll dann der Wähler entscheiden, was für eine Partei er wünscht. Und das find ich für ausschlaggebend.
- R: Auf Grundlage des "Radikalenerlaß", der ein Gesetz ist, werden aber die Berufsverbote für Kommunisten, Gewerkschafter, Sozialdemokraten usw. ausgesprochen.
Finden Sie, daß dieser "Radikalenerlaß" der BRD nützt oder schadet?
- A: Ja, hm - wie soll ich da sagen? Ich bin kein großer Politiker.
- R: Aber Sie haben eine persönliche Meinung dazu.
- A: Meine persönliche Meinung ist, daß das nicht richtig ist.
- R: Dann ist dieses Gesetz unnötig oder undemokratisch.
- A: Das ist unnötig, auch undemokratisch von mir aus.
- R: Der "Radikalenerlaß" existiert jetzt seit 5 Jahren; glauben Sie, daß man dieses Gesetz wieder abschaffen sollte?
- A: Wir haben falsch gewählt! Vielleicht wird's nachher wieder anders, in vier Jahren.
- R: Was sind Sie von Beruf und wie alt sind Sie?
- A: Ich bin 50, ich bin Chemiefacharbeiter.
- R: Dankesehr.

Eine Verkäuferin

- R: Kennen Sie den Radikalenerlass?
- A: Na, na kenn i net
- R: Haben Sie nicht von Berufsverboten gehört?
- A: Ja, des hab ich schon g'hört - aber ich kümmerge mich meistens gar nicht darum, weil ich bin nicht berufstätig, da kümmerge ich mich nicht.

- R: Inzwischen sind fast 3000 Leute nicht in den Staatsdienst übernommen worden und nahezu 1 Mill. sind vom Verfassungsschutz überprüft worden; finden Sie das richtig?
- A: Na, normal nicht. Normal find ich's nicht gerecht. Aber mei, was können wir Bürger da machen, da können wir selten was machen.
- R: Was ist Ihre Meinung: sollen Kommunisten in den Staatsdienst?
- A: Ja, schon! Weil die können ja auch nichts dafür, die sollen ja auch ihren Beruf haben wie die anderen.
- R: Der "Radikalenerlaß" existiert jetzt seit 5 Jahren; glauben Sie daß der "Radikalenerlaß" der BRD genützt oder geschadet hat?
- A: Mei, das weiß ich nicht, das kann ich nicht sagen.
- R: Sie persönlich finden ihn schlecht?
- A: Ich selber, na ja, schlecht kann man auch nicht sagen, so mittel halt... schlecht? Mei was soll má da sagen? Das weiß ich nicht.
- R: Der "Radikalenerlaß" ist ein Gesetz und durch dieses Gesetz sind fast 3000 Leute nicht in ihren Beruf gekommen.
- A: Ja, wenn ich danach gehe, also Beruf, dann... ja mei, die haben's nun halt mal schwerer, mei wie soll ich das sagen?
- R.: Die Leute haben keine Arbeit.
- A.: Ja, ich hab auch keine gekriegt, das ist dasselbe....mein Gott. Das wird schon mal besser werden. Ich weiß auch nicht, was man da machen kann.
- R.: Solang dieses Gesetz besteht, wird es angewandt.
- A.: Mich fragen Sie da zuviel - weil, ich kümmere mich da nicht mehr, weil weil ich hab's auch mit meiner Arbeit schwer gehabt, weil die setzen mir da eine Arbeit hin, die ich nicht mag und dann kann man auch nichts machen; dann ist's das beste: daheimbleiben, wenn man eine Familie hat.
- R.: Was sind Sie von Beruf?
- A.: Ich bin normal Verkäuferin. (23)

Ein Handwerker

- R: Wissen Sie, daß es den "Radikalenerlaß" und Berufsverbote gibt?
- A: Davon ist mir ehrlich nichts bekannt.
- R: Ist Ihnen nichts bekannt?
- A: Berufsverbote, ja inwiefern?
- R: z.B. daß Leute mit einer bestimmten politischen Meinung als Radikale hingestellt werden und deshalb nicht in den Staatsdienst kommen, also nicht Lehrer werden dürfen, keine Beamten werden dürfen.
- A: Ach so, ja. Da hab ich mich zu wenig befasst damit, weil ich bin ein einfacher Handwerker, ich kann mich da nicht weiter äußern - also im Handwerksberuf glaub ich kaum, daß es da ein Berufsverbot gibt und was man da für eine politische Meinung hat... da.. und wie Sie sagen im Lehrerberuf oder im sozialen Beruf, daß da... ich könnte mir das nicht.. wir haben doch eine Demokratie;
- R: Ja - sollte man meinen
- A: Eben darum das kann ich mir eben schlecht vorstellen
- R: Es ist aber eine Tatsache - leider; es ist so, daß in der Bundesrepublik bis jetzt fast 3 000 Leute nicht eingestellt wurden, weil sie eben eine politische Meinung vertreten haben, die nicht genehm war.
- Was halten Sie davon, Kommunisten in den Staatsdienst zu lassen?
- A: Ja, das tät ich von vorneherein außer Betracht ziehen, also Kommunisten im Staatsdienst, das ist nichts.
- R: Warum?

Zum Tod von Max Reimann

Max Reimann, KZ-Häftling Hitlers, Mitglied des Parlamentarischen Rates im Nachkriegsdeutschland und damit an der Abfassung des Grundgesetzes beteiligt, KPD-Vorsitzender bis 1971 dann Ehrenpräsident der DKP ist gestorben.

Die vielen Jahre, die Reimann als Kommunist gegen Faschisten, Adenauer-Reaktion, gegen Großbanken und Großkapital in Deutschland gekämpft und gelitten hat, standen im Zeichen der Defensive.

Aktiv organisierte er den Widerstand gegen den Hitler-Faschismus und landete dafür im KZ. Aktiv wie wenige nach ihm argumentierte er nach dem Krieg für die Einheit der Demokraten und vor allem der Arbeiterklasse, um die Wunden, die der Faschismus politisch, moralisch und wirtschaftlich dem deutschen Volk geschlagen hatte, durch Aufbau eines friedlichen und demokratischen Deutschland zu heilen. Es ist heute leider in Vergessenheit geraten, daß es nach dem Krieg die Kommunisten und einsichtigen Sozialdemokraten waren, die als erste zupackten und das politische und wirtschaftliche Leben im geteilten Deutschland versuchten - nach ihren Vorstellungen - in Gang zu bringen.

Daher wehrte sich Max Reimann energisch gegen alle restaurativen Tendenzen, die von Vertretern der bürgerlichen Parteien schon sehr bald nach der Zerschlagung des Hitler-Faschismus auf die Tagesordnung ihres politischen Kampfes gesetzt wurden. Aber eine nicht geeinte Arbeiterklasse und Einzelinteressen in den übrigen Teilen der Bevölkerung gaben den Konservativen schon damals grünes Licht. Weder konnte ein Grundgesetz verabschiedet werden, das grundsätzliche demokratische Rechte garantiert, noch konnte die Wiederbewaffnung verhindert werden.

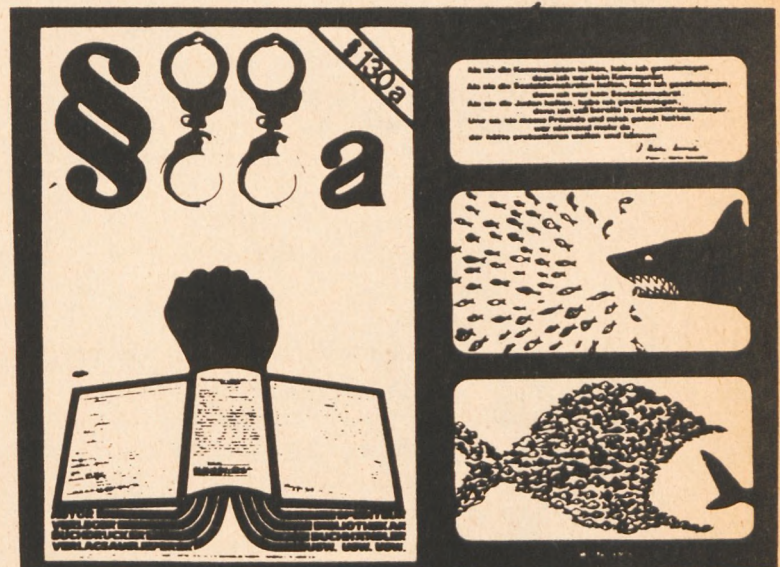
Reimann, der im Parlamentarischen Rat gegen das Grundgesetz stimmte, hatte genug politische Erfahrung, um vorherse-



hen zu können: "Wir Kommunisten stimmen heute gegen dieses Grundgesetz. Aber es wird die Zeit kommen, wo wir die ersten sein werden, die die darin enthaltenen demokratischen Rechte verteidigen werden."

Tatsächlich ist es heute schon längst soweit. Spätestens seit den Notstandsgesetzen geht es nicht nur den Kommunisten, sondern wohl allen engagierten Demokraten um die Verteidigung der im Grundgesetz verankerten demokratischen Rechte.

Unabhängig davon, ob man die politische Grundhaltung von Max Reimann billigt oder nicht: Er gehörte zu denen, von denen man lernen kann, daß zeitweilige Rückschläge nur durch zähes Weiterarbeiten zu überwinden sind, und daß die Frage der Aktionseinheit keine akademische ist, sondern in der Praxis gelöst werden muß und kann.



Das abgebildete Plakat (Vor- und Rückseite) ist vom ASK in Zusammenarbeit mit der Initiative Anti Maulkorbparagraphen (IAM) herausgegeben worden. Martin Niemöller hat es unterzeichnet. Für zwei Mark kann es bei H. Jacobi bestellt werden.

Auch ein Weltbild :

Die FAZ (Frankfurter Allgemeine Zeitung) vom 18.12.76 über die DUNLOP-Betriebs-Zeitung:

"Mit Dunlop durch d i c k und d ü n n
Die Werkszeitung spiegelt getreulich
50 Jahre wieder."

Das spiegelt sich getreulich, als während der faschistischen Aufrüstung viele Dunlop-Reifen benötigt wurden, etwa so wieder: "1936 nahm das Unternehmen am Festzug zum 300-jährigen Bestehen des Lamboyfestes teil. 5 Hanauer Schönheiten stellten die 5 Erdteile dar, die W e l t g e l t u n g symbolisierend, die das Unternehmen damals schon erworben hatte." Wie die Nazi-Machtergreifung auf dem Weg zur Weltgeltung Deutschlands übergegangen wird, und wie dann doch der Überfall auf die Länder von 3 der 5 Erdteile - trotz Dunlop-Reifen - glücklicherweise erfolglos blieb (50 Millionen Tote) liest sich so:

"Im Jahre 1933 wurde die Belegschaft zu Verbesserungsvorschlägen aufgefordert; während des Krieges mußte dann die Zeitschrift ihr Erscheinen einstellen, mit Ausnahme einer Festschrift, die 1943 zum 50-jährigen Bestehen der Hanauer Dunlop herauskommen durfte." So gehts mit Dunlop durch dick und dünn, auch die Machtergreifung eines Strauß würde nur zur vermehrten Reifenproduktion für Bundeswehr-räder, die für den Sieg rollen müßten, führen und zu Verbesserungsvorschlägen dazu. Daß es Firmen wie Dunlop sind, das große Kapital, die die jeweiligen Machtergreifungen, das Dick und Dünn, vorfinanzieren, verschleiert eine Sicht - in Werkzeitschriften, Zeitungen der Bourgeoisie wie der FAZ, in bürgerlichen Geschichtsbüchern -, die Geschichte als Naturereignis ihren Lesern aufschwätzt: dann k a m Hitler, dann k a m der Krieg; - wo man passiv mit durch dick und dünn geht - und 2 Jahre vor der Zerstörung der Fabrikanlagen noch eine F e s t s c h r i f t fertigbringt - und sich derer

später noch rühmt. Damals rollten Dunlop-Reifen noch über die verbrannte Erde der Sowjetunion, aber - der Roten Armee sei Dank - rückwärts.

Diese Geschichtsblindheit hat aber Methode. Hüten wir uns vor jenen, die den vergangenen Faschismus verharmlosen, um uns wieder einmal auf ihren Weg durch dick und dünn zu locken. ■

Im Gefolge von Kreuth:

DEMOKRATISCH NACH CSU-ART

Strauß hat es nach dem Beschluß von Kreuth selbst gesagt, er könne - selbst wenn er wolle - daran nichts ändern, schließlich sei der Beschluß durch demokratische Mehrheitsbildung zustandekommen, und derlei Entscheidungen habe er zu respektieren.

Die Unruhe, die nach Kreuth selbst in der CSU ausbrach, ist bekannt. Drei Landesbezirke forderten die Einberufung eines Sonderparteitages, nicht etwa um die damals noch gültigen Kreuther Beschlüsse zu revidieren, sondern um über ihr Zustandekommen zu beraten. Eine Art Anti-Strauß-Demokratie schien sich in Teilen der CSU bemerkbar zu machen.

Als die Strauß-Gruppe dann merkte, daß der Beschluß politisch eher schadet bzw., daß die CSU-Positionen zukünftig auch in einer gemeinsamen Fraktion jederzeit realisierbar wären, weil Kohl windelweich - wie immer - reagierte, wurde Demokratie nach Art des Hauses geboten.

Ohne die an seinem Zustandekommen Beteiligten zu fragen, galt der Beschluß plötzlich nichts mehr. Und auch der geforderte Sonderparteitag findet nun nicht statt. Offenbar hat man es den Bezirken ausgedrückt, weiter über die Methoden des Regierenden innerhalb der Partei zu sprechen. Jedenfalls erhellt Kreuth präzise die demokratischen Vorstellungen der CSU-Oberen.

Und es stellt sich wieder die Frage: Wer so mit den eigenen Freunden umspringt, wie packt der erst seine Feinde an? ■

FOLTER IN BRD GEFÄNGNISSEN?

"Ach ja, da haben wieder einmal irgendwelche Anarchisten gegen die "Isolationsfolter" demonstriert oder sind in den Hungerstreik getreten. Aber 'Folter' bei uns in der BRD, das ist doch wohl übertrieben".

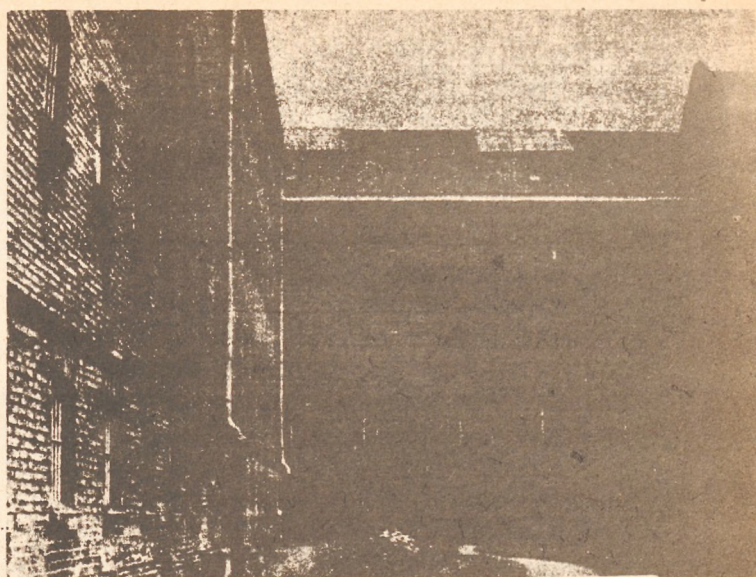
So oder ähnlich denken viele, auch viele fortschrittliche Menschen, die den westdeutschen Strafvollzug auch für reformbedürftig halten. Durch die Berichterstattung der Presse werden solche Meinungen gefördert, da sie beschönigend oder erst gar nicht aus den Haftanstalten berichtet. Und wenn mal eine besonders brutale Behandlung eines Untersuchungshäftlings bekannt wird, dann argumentieren die verantwortlichen Redakteure damit, daß dies alles zur Sicherheit der Bevölkerung vor 'gefährlichen Terroristen' notwendig sei.

Die nahezu vollständige Isolation von jeder Gemeinschaft ist einer der brutalsten Eingriffe in das Leben eines Menschen.

XV. Deutscher evangelischer Kirchentag
Düsseldorf, Juni 1973

Resolution:

"Seit dem 8. Mai ds. Js. befinden sich zahlreiche Gefangene in der BRD und in Westberlin in einem unbefristeten Hungerstreik, um gegen die Haftbedingungen und Behandlungsmethoden zu protestieren, die sie "Folter durch Isolation" nennen. Diese Häftlinge - zeitweilig über 100, ein Teil von ihnen wird inzwischen zwangsernährt - verstehen sich selber als "Politische Gefangene", es sind Angehörige der ehemaligen Baader-Meinhof-Gruppe und des sozialistischen Patientenkollektivs Heidelberg. Nach der Auffassung der Behörden gibt es in der BRD keine Politischen Gefangenen, aber die Behand-



lung, die diese Häftlinge erfahren, ist ungewöhnlich und extrem: sie werden konsequent und total isoliert, und das über Jahre.

Isolierungshaft bedeutet: Der Häftling lebt in einer Einzelhaft, in einem sonst unbewohnten Flur, manche Zellen sind ohne Fenster, nur mit Sichtblenden versehen. Während einiger Monate waren Häftlinge in sogenannten 'toten Trakten' der totalen Schallisolation ausgesetzt. Einzelbad und schwer bewachter Einzelhofgang isolieren weiter von jeder Art menschlichem Kontakt. Gespräche finden nur mit den Anwälten und den nächsten Angehörigen statt. Besuche und jeglicher Postverkehr außer von den engsten Angehörigen sind verboten. Politisch nicht genehme Bücher werden zurückgewiesen, Tageszeitungen werden zensiert und von bestimmten Meldungen, z. B. über die Häftlinge selber gereinigt.

Als weitere Maßnahmen gehören dazu:

- Ausschluß von allen Gemeinschaftsveranstaltungen, einschließlich Gottesdienst
- Besuche auch des Rechtsanwaltes nur mit Genehmigung
- 1/2 stündliche Kontrolle der Zelle
- in vielen Fällen Entzug aller Einrichtungsgegenstände bis auf eine Liege
- abendliche Kleiderabnahme, Besteckabnahme.

Diese Isolierungsmaßnahmen können nicht mehr damit gerechtfertigt werden, daß sie die Flucht der Gefangenen verhindern sollen. Was in Gefängnissen normalerweise als Hausstrafe verhängt wird, ist für die Politischen Gefangenen z.T. seit über zwei Jahren ein Dauerzustand. Praktisch ist die Isolation in ihrer Konsequenz als eine psychische Zerstörung der Häftlinge anzusehen. Was diese

Art Haft über Monate und Jahre hin bedeutet, schilderte Heinz Brandt (IG Metall, Frankfurt), der sowohl unter den Nazis in Konzentrationslagern wie in der DDR in Isolierungshaft gefangen war. Brandt sagte am 11.5.73: "Ich habe eine solche Nazi-KZ-Haft erlebt, die keine unmittelbare Ausrottungshaft war, sonst könnte ich heute hier nicht sprechen..., aber ich muß aus eigener Erfahrung sagen, die Isolierungshaft, die ich durchgemacht habe, ist schlimmer und gefährlicher, zermürender und den Menschen in allen Auswirkungen zerstörender als es für mich und alle meine Genossen und Widerstandskämpfer das KZ gewesen ist ..., weil wir eben gesellschaftliche Wesen sind, weil es gegen die Existenzbedingungen des Gattungswesens Mensch verstößt, ihn zu isolieren".

Folgendes Recht sollte eigentlich in der BRD für Untersuchungshäftlinge gelten:

"Bis zum gesetzlichen Nachweis seiner Schuld wird vermutet, daß der wegen einer strafbaren Handlung Angeklagte unschuldig ist." (Menschenrechtskonvention Art. 6,2)

"Dem Verhafteten dürfen nur solche Beschränkungen auferlegt werden, die der Zweck der Untersuchungshaft oder die Ordnung in der Vollzugsanstalt erfordert."

(§ 119,3 Strafprozeßordnung)

"Die Persönlichkeit des Untersuchungsgefangenen ist zu achten und sein Ehrgefühl zu schonen. Im Umgang mit ihm muß selbst der Anschein vermieden werden, als ob er zur Strafe festgehalten werde. Die Untersuchungshaft ist so zu vollziehen, daß der Gefangene keinen sittlichen oder körperlichen Schaden erleidet"

(Nr. 1,3 Untersuchungshaftvollzugsordnung).

Der Untersuchungsgefangene ist würdig, gerecht und menschlich zu behandeln."

(Nr. 18,1 Untersuchungshaftvollzugsordnung)

"Festgehaltene Personen dürfen weder seelisch noch körperlich mißhandelt werden." (Art. 184,1,2 Grundgesetz)

"Niemand darf der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung unterworfen werden." (Art. 3 Menschenrechtskonvention)

Gegen diese Bestimmungen wird tagtäglich in deutschen Untersuchungsgefängnissen verstoßen, wenn nicht alle Berichte hierüber falsch sind.

Isolationshaft ist eine Methode, die nicht nur bei ein paar wenigen prakti-

ziert wird, sondern sie ist eine seit Jahrhunderten angewandte Foltermethode. Man denke an die Einzelverliese in alten Burgen, in der Bastille oder in faschistischen Ländern. Die portugiesische Junta hatte z. B. auf den Capverdischen Inseln Widerstandskämpfer in Zellen isoliert, die z. T. unter Meerwasser gesetzt werden konnten und in die kein menschlicher Laut drang. Die nach zwei Jahren aus dieser Isolationshaft Entlassenen waren aufgrund ihrer psychischen Störungen nicht mehr in der Lage, eine sinnvolle Tätigkeit auszuüben. Ihre Persönlichkeit war zerstört.

Ist die Isolationshaft also schon eine alte Foltermethode, wird sie heute nur viel feiner perfektioniert und 'wissenschaftlicher' eingesetzt. Gerade die neuen Haftanstalten der BRD (z.B. München Stadelheim, Stuttgart Stammheim, etc.) sind als nüchterne Betonklötze mit Glasbausteinen z.T. ohne Fenster, mit Etagengängen ohne den traditionellen, freien Innenhof und durch die Anzahl der Einzelzellen für die Isolation der Häftlinge geradezu prädestiniert.

Dabei kann sich die deutsche Justiz auf die Erkenntnisse mehrerer Universitätsinstitute, insbesondere auf die Untersuchungen des Laboratoriums für klinische Verhaltensforschung an der Universität Hamburg, stützen, wo in 'stillen Zellen' Versuchspersonen über verschieden lange Zeiträume beobachtet wurden. Man kennt also durchaus die Folgen einer lang anhaltenden Isolation. Man kennt die langsame Zerstörung der Persönlichkeit des Häftlings, die sich über verschiedene Entwicklungsstufen vollzieht: vegetative Störungen, Kreislaufstörungen, Halluzinationen. Abstumpfung, Realitätsverlust, Identitätsverlust.

Es ist absurd, wenn von offiziellen Stellen die Isolationshaft mit dem Sicherheitsbedürfnis der Allgemeinheit begründet wird.

Es ist nicht entscheidend, ob das Wort 'Folter' für das, was heute in deutschen Haftanstalten geschieht, angebracht ist. Entscheidend ist der Sachverhalt: die Häftlinge werden Zwangsmaßnahmen unterworfen, die in die körperliche Unversehrtheit und in die Persönlichkeitsstruktur eingreifen, und die Zerstörung, die man in den Häftlingen anrichtet, ist vermutlich nicht geringer als die, die frühere Epochen oder andere Staaten mittels direkter physischer Folter erreichten.

Wir stimmen nicht mit den politischen Theorien der Gefangenen überein. Sie erklärten das bestehende Recht für Klassenjustiz und den bestehenden Vollzug für eine Anpassung an die Klassenherrschaft. Es ist bitter für uns zu sehen, wie der Rechtsstaat nun alles tut, um diese falschen Theorien zu bestätigen. Je unmenschlicher man die Häftlinge behandelt, mit desto größerem Recht werden sie die Ähnlichkeit unserer Gesellschaft mit einer faschistischen behaupten.

Z. Zt. sind es hauptsächlich Mitglieder der sogenannten RAF, deren sogenannten Sympathisanten oder auch "Linke", die von der Justiz zu solchen Sympathisanten abgestempelt werden, die in erster Linie von der Isolationshaft betroffen werden. Doch kann man heute schon erkennen, wenn man sich die neuen, großzügig bemessenen Gefängnisbetonburgen anschaut, daß hier geprobt wird, was im großen Rahmen eingesetzt werden soll, vor allem wohl gegen 'politische Gefangene' wenn die Zeiten unruhiger werden.

Wir meinen, die Isolationshaft ist langfristig gemünzt gegen Kommunisten, gegen 'wild' streikende und demonstrierende Arbeiter, damit diese in ihrem Widerstandswillen gebrochen werden (Widerstand ist 'Selbstmord') und sich nicht auch noch im Gefängnis ihrer

Macht durch gemeinsame Aktionen bewußt werden können.

Die zunehmende Anwendung der Isolationshaft ging in den letzten Jahren Hand in Hand mit dem Abbau demokratischer Rechte, wobei auch hier eine Verschärfung zu verzeichnen ist. (Die letzte Entwicklung, die Berufsverbote, die §§ 88 a, und 100 a) Sollte man wegen Teilnahme oder Unterstützung einer entsprechenden Demonstration als 'Befürworter von Gewalt' in Haft geraten, dann erwartet einen meist als 'Politischer' die Isolationshaft.

Leider haben es die Massenmedien in der BRD bisher ohne größere Schwierigkeiten geschafft, solche Unmenschlichkeiten wie die Isolationshaft vor den Werktätigen zu rechtfertigen, indem sie auf die 'Gefährlichkeit der Baader-Meinhof-Terroristen' verwiesen haben. Es liegt gerade auch an uns, die Hintergründe und Tatsachen der Isolationshaft diesen Scheinargumenten entgegenzusetzen, zu informieren und den Widerstand dagegen in unserem demokratischen Kampf miteinzubeziehen.

Einhaltung der Menschenrechte für Gefangene in der BRD!

Weg mit der Isolationshaft!

(Weiteres Material in "Mannheimer Gefängnissskandal", Dokumentation des Sozialistischen Büros Offenbach; Kursbuch 32/1973.)

Folge der Isolationshaft:

Selbstmord

Es existiert ein erschütterndes Dokument, das die Situation eines Untersuchungshäftlings in Isolationshaft beleuchtet. Der Abschiedsbrief von H. Rakow von 8.6.76, dessen Verfahren (kein politisches) seit Jahren durch die Instanzen geht.

"Mein Selbstmord ist keine Kurzschlußhandlung. Jahrelanges Dahinvegetieren in der Haftanstalt Moabit führt zwangsläufig irgendwann zum Selbstmord. Der Selbstmord ist auch nicht auf meine erneute Verurteilung zu lebenslanger Haft zurückzuführen. Denn es ist, wie schon zuvor erwähnt, nicht unwahrscheinlich, daß das gegen mich ergangene Urteil in der Revisionsinstanz vom BHG aufgehoben wird. Bei einer evtl.

erneuten Verhandlung wäre ein Freispruch von der Mordanklage und mithin meine Entlassung aus der Haft so gut wie sicher. Aber auch für den Fall, daß wider Erwarten das Urteil vom BHG für rechtskräftig erklärt werden sollte, wäre dies keineswegs ein Grund für mich Selbstmord zu begehen. Denn immerhin hätte ich dann von evtl. 12 bis 15 zu verbüßenden Jahren bereits mehr als 5, vielleicht sogar schon mehr als 6 Jahre verbüßt.

Meine Lage wäre also, wenn sich die Langzeitisolation nicht dermaßen zerstörerisch auf mich ausgewirkt hätte, nicht völlig aussichtslos. Aber eben diese langandauernde Isolationshaft, noch zusätzlich erschwert durch den seelischen Druck, den das Strafverfahren all die Jahre ausübte, hat meine Persönlichkeit und meine Lebensfähigkeit völlig zerstört. Die Schäden einer solchen Langzeitisolation sind irreparabel.

Apathie, Wahrnehmungs-, Artikulations- und Konzentrationsstörungen, permanente Kopfschmerzen, Schweißausbrüche, Schwindel- und Schwächegefühl, starke Durchblutungsstörungen und Halluzinationen sind weitere Folgeerscheinungen der langen Isolation. Aus anstaltsärztlicher Sicht werden diese Erscheinungen als 'lediglich vegetative Störungen' und als 'nicht behandlungsbedürftig' abgetan. Aufgrund dessen habe ich mich in letzter Zeit mit diesen Beschwerden schon gar nicht mehr an die Anstaltsärzte gewandt. Des weiteren: Schon seit geraumer Zeit gelingt es mir nicht mehr mit anderen Menschen ungezwungen zu kommunizieren. Ich fühle mich dabei gehemmt, unbeholfen, verkrampft und steif. Zusammenhängende Gespräche zu führen gelingt mir ebenfalls nicht mehr. Seit einiger Zeit fürchte ich mich sogar davor, überhaupt noch mit anderen Menschen zusammenzukommen. Ich verspüre dabei eine furchtbare Angst. Die Langzeitisolation hat mich augenscheinlich entsozialisiert. Ich verweise bei lebendigem Leibe. Das aber kann und will ich nicht weiterhin mit ansehen.

Darum der Selbstmord."

Dem Frieden dienen

Martin Niemöller ist 85 Jahre alt geworden.

Auf einer Festveranstaltung wurde er von Widerstandskämpfern aus ganz Europa geehrt und seine Verdienste um die Herstellung und Sicherung des Friedens hervorgehoben.

Aber das ist nur die eine Seite der ehrenvollen Tätigkeit des Pastors, der dem Hitlerfaschismus die Stirn gezeigt hat. Wie kaum ein anderer von seinem Format, hat Martin Niemöller seinen Rat und seine Erfahrungen allen zukommen lassen, die darum gebeten hatten. Ihm ist es gleichgültig welcher Partei man sich zurechnet oder welcher Weltanschauung. Es kommt darauf an, daß man für die Erhaltung der Demokratie kämpft und gegen die restaurativen Strömungen arbeitet. Wir wollen an dieser Stelle unseren Dank aussprechen. Martin Niemöller ist für uns immer erreichbar gewesen, ob wir ihn um eine Stellungnahme baten, oder nur um eine Unterschrift für einen Text auf einem Plakat. Wir hoffen ihn noch lange zu den Freunden des ASK zählen zu dürfen.

Wegen Beleidigung eines ausländischen Staatsoberhauptes:

Demonstration verboten

Weil die "Gefahr der Beleidigung eines ausländischen Staatsoberhauptes" (gemeint war der Folter-Schah von Persien) bestand, ist in Frankfurt unter Hinweis auf das Ausländergesetz eine Demonstration gegen erneute Todesurteile im Iran verboten worden.

Als trotzdem ca. 300 Menschen ihr Anliegen mit einer Demonstration an die Öffentlichkeit bringen wollten, wurden sie nach Frankfurter Polizeimanier behandelt. Mit Wasserwerfern und Schlagstöcken zeigten die bekannte Polizeipräsident (SPD) wer über die Demokratie in der Geldstadt wacht.

Dieses Ausländergesetz ist in seiner neuesten Fassung eine Verschärfung des bis dato geltenden Gesetzes aus der Zeit des Faschismus. Es beispielsweise vor, daß Zusammenkünfte von mehr als 5 Ausländern meldepflichtig sind.

Offensichtlich wird es aber auch gegen fortschrittliche westdeutsche Gruppen eingesetzt, so wie es ein "Entwurf zum Schutze des Gemeinschaftsfriedens" der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der von der SPD damals 'verfrüht' bezeichnet wurde, fordert.

Unter Hinweis auf die 'auswärtigen Interessen der BRD', die sich gewöhnlich in Geld ausdrücken lassen, können praktisch auch Demonstrationen gegen weitere Folterungen in Spanien abgeblockt werden, obwohl sie selbst in Spanien inzwischen geduldet werden müssen.

Oder Proteste gegen den US-Krieg in Indochina wären heutzutage fast undenkbar, obwohl sie in den USA gang und gäbe waren.

Macht man die Rassendiskriminierung in Südafrika zum Gegenstand des Protestes: eine entsprechende Demonstration könnte verboten werden.

Es macht sich für den Handel besser, wenn solche Proteste verboten werden. Schließlich soll das Geschäftsklima dadurch nicht versaut werden. Folterungen in den Ländern einiger Wirtschaftspartner tun offensichtlich dem Klima keinen Abstrich.

Regensburg:

Veranstaltung gegen Berufsverbote

Brechend voll war am 26.1. 77 der Theatersaal der Gaststätte Augustiner, Regensburg, als die 'Initiative gegen Berufsverbote: Verteidigt die Grundrechte' zusammen mit dem Kreisverband Regensburg der GEW ihre Veranstaltung durchführte.

"Wir haben Informationen über Sie", unter diesem Titel wurde zum Thema 'Fünf Jahre Radikalenerlaß' vor fast 400 Zuschauern ein Kulturprogramm geboten, das in konzentrierter Form die Geschichte der Berufsverbote bis auf den heutigen Tag aufzeigte. Lieder, Texte und Szenen aus der Zeit von 1848 bis 1977 spiegelten die Stationen der Demokratenverfolgung in unserem Lande wieder. "Trotz alledem" - mit diesem Leitgedanken eines Liedes aus der Zeit nach der 48er Revolution leitete der Sänger mit volksliedhaften Balladen in die Zeit der Bismarck'schen Sozialistengesetze über, wo wieder eine "kalte" Zeit herrschte, wo Verhaftung, Presse- und Versammlungsverbot an der Tagesordnung waren. Der Vortrag eines Kapitels aus dem Roman 'Zeit zum Aufstehn' von August Kühn zeigte diese Epoche der Unterdrückung - zugleich aber, wie sich die Arbeiter mit ihrem damaligen Führer August Bebel gegen die Polizeimethoden wehrten. Die dritte Station: Berufsverbote 1930, drei Jahre vor dem Hitlerfaschismus:

An einem Tisch sitzt die Lehrerin Ella Waldt dem Schulrat gegenüber und erfährt, daß sie aus dem Schuldienst entlassen ist. "Ich war niemals Mitglied einer kommunistischen Organisation" versucht Ella sich zu rechtfertigen; keiner verhilft ihr zu ihrem Recht. Sie wird in ein Nervenkrankenhaus eingeliefert. Die Presse, die den Versuch macht, den Fall an die Öffentlichkeit zu bringen, kann kurze Zeit darauf nur ihren (mysteriösen) Tod melden.

Das Stück 'Der Fall E.' - ein Fall wie viele andere Fälle heute - hatte Ödön von Horvath nach dem tatsächlichen Berufsverbotsfall der Regensburger Lehrerin Elli Maldaque geschrieben.

"Seht die Feinde der Demokratie, zimmerlich waren sie nie, wenn ihre Herrschaft ist bedroht, dann greifen sie zum Berufsverbot." Mit diesem Refrain schloß das Kul

Mit diesem Refrain des Berufsverbotsliedes schloß das Kulturprogramm.

Im zweiten Teil des Abends sprach Georg Hausladen (DFU). Hausladen, ein aktiver Gegner des Hitlerfaschismus, berichtete über das Berufsverbot seines Sohnes. In seinem Referat und in der anschließenden Diskussion wies Hausladen daraufhin, daß wir uns "nicht auseinanderdividieren" lassen dürfen. Wir sollten die verschiedenen Standpunkte nicht bloß immer diskutieren, sondern die gemeinsamen Positionen schon heute in die Tat umsetzen. Die Berufsverbotsinitiative und die sie unterstützenden Organisationen und Personen sollten in diesem Sinne weiterarbeiten.

Die gemeinsame Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung zum Thema '5 Jahre Radikalenerlaß' war ein wichtiger Schritt dazu.



Öffentlicher Dienst
Wir stellen ein:
fähige

**Radfahrer
Schleimer
Duckmäuser
Schnüffler
Kriecher**



Aktion Sauerbrunn Staat (SS)
Die Kultusminister der Länder

Kleiner Mann

**Ganz
stark**

Das abgebildete Plakat hatte der Schauspieler H. Hercygier als Aufkleber an der Heckscheibe seines Wagens befestigt. Er wird wegen "Verdachts auf Beamtenbeleidigung" angezeigt und bekommt als Grund zu hören: Auf dem Plakat werden Beamte als 'Schleimscheißer' bezeichnet.

Der Schauspieler gibt sich als lesekundig zu erkennen, im offensichtlichen Gegensatz zu den Beamten. Man geht hinunter zum Auto und begutachtet den inkriminier-

ten Aufkleber. Als auch die Beamten unter großen Mühen keinen 'Schleimscheißer' entziffern können, beschlagnahmen sie kurzerhand den Aufkleber.

Hercygier wehrt sich und fragt nach einer Begründung. Die Beamten reagieren daraufhin so elegant, wie sie es gelernt haben und wie's 'in diesem Land' Tradition ist. Sie drohen an, gleich das ganze Auto als "Beweismittel" zu beschlagnahmen, falls der Schauspieler sich weiter äußere.

- Jetzt läuft gegen Hercygier ein Verfahren. Der Grund ist unbekannt. Weder die Polizei, noch die Staatsanwaltschaft geben Auskunft.

Genau dieses Vorgehen der Polizei macht den Bürger ohnmächtig vor Wut und leider auch vor dem Gesetz. Man könnte meinen, daß gerade durch ein solches Verhalten Vorurteile bestätigt werden, nach denen die Obrigkeit und ihre Organe immer noch traditionell konservativ reagieren primitiv zum Teil und grenzenlos eingebildet auf die Willkürmaßnahmen, für die sich allemal eine juristische Begründung findet.

Ein kleiner, unbedeutender Fall nur, es gibt gravierendere, aber ein Fall, der eben weil er so unbedeutend ist, zeigt, wie sich ein obrigkeitliches Denken blitzschnell in den Köpfen williger Untertanen niedersetzt.

Passierschein № 99947

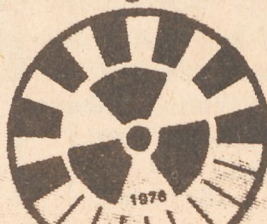
Herr
Frau
Fräul.

Dieser Passierschein bewahrt den Inhaber bei dem Betreten des Sperrgürtels um das Kernkraftwerk Brokdorf vor Übergriffen der Staatsmacht. Insbesondere wird der Schutz vor unverhältnismäßigen Einsatz von Schlagstöcken, Wasserwerfern, Tränengasangriffen und erkennungsdienstlichen Behandlungen bis auf Widerruf zugesichert.

Dieser Passierschein kann bei Mißbrauch ohne Angabe von Gründen jederzeit eingezogen werden.

gez. StOL. Tenberg

Der Oberbefehlshaber der vereinigten Land-
streitkräfte von Schleswig und Holstein



Um auf die andere Seite der Mauer zu gelangen bedarf es eines Passierscheins. Auch wer Freunde in der Nähe der Baustelle wohnen hat und sie besuchen besuchen möchte muß dazu berechtigt sein. Der abgebildete Passierschein ist von K.Steak.